

## Inhalt

**2 Baugenehmigungen:** Die Zahl der genehmigten Wohnungen steigt viel zu langsam – die Dynamik befindet sich bereits wieder im Sinkflug. So nimmt der Wohnungsmangel weiter zu.

**3 Neue Wege:** Die Deutsche Bauindustrie fordert anstelle des Leitbildes der Einzelproduktion eine stärkere Unterstützung des seriellen und modularen Wohnungsbaus.

**7 Leseraktion:** Schicken Sie uns zum 70. Jubiläum der wi Wohnungspolitische Informationen Ihr persönliches wi-Foto! Die besten Aufnahmen werden veröffentlicht.

## Haushaltsentwurf ist gute Grundlage für Investitionen ins bezahlbare Wohnen

**Berlin – Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 2018 den Etatentwurf für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in erster Lesung beraten. „Der Einzelplan für Wohnungswesen und Städtebau zeigt, dass das Thema Wohnen in den Fokus des politischen Handelns gerückt ist“, begrüßte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, die aktuellen Zahlen. Insbesondere die Fortsetzung der sozialen Wohnraumförderung mit 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 ist deutlich hervorzuheben. Aber auch die Städtebauförderung wird auf hohem Niveau fortgeführt.**



Die derzeit auf Bundesebene geplante Grundgesetzänderung ist ein positives Signal, damit der Bund die Länder auch ab 2020 weiterhin beim sozialen Wohnungsbau unterstützen kann.

Der Bund ist ein wichtiger Partner für den sozialen Wohnungsbau. Das sollte nach dem Auslaufen der Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung ab 2020 so bleiben.

„Es ist ein positives Signal, dass derzeit auf Bundesebene eine Grundgesetzänderung vorbereitet wird, damit der Bund die Länder auch ab 2020 weiterhin in diesem Bereich unterstützen kann“, erklärte

der GdW-Präsident. „Die dabei geplante Zweckbindung der Mittel ist absolut wichtig und richtig, um sicherzustellen, dass das Geld ausschließlich in mehr bezahlbaren Wohnraum fließt.“ Jeglichen Versuchen, diese Mittel in anderen Haushaltsbereichen einzusetzen, muss künftig der Stecker gezogen werden“, so Gedaschko. Eine Bündelung aller Kräfte für mehr bezahlbaren Wohnraum in Deutschland ist absolut notwendig. (burkschi) ■

## Aktuelle Meldungen

### Ökostrom-Umlage weiterhin stabil

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, rechnet nicht mit einem schnellen Rückgang der von den Stromverbrauchern bezahlten Ökostrom-Umlage. Er bezweifle aber, dass ein leichter Anstieg unmittelbar zu steigenden Strompreisen führt, wie die *WELT* am 22. Mai 2018 berichtete. Laut Homann würden den Anbietern die Kunden „dann weglaufen“. (wi)

### Neues Zuwanderungsgesetz gefordert

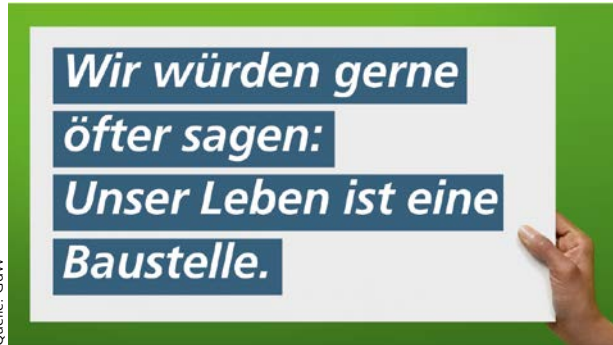
Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, hat in der *WELT AM SONNTAG* strenge Regeln für das geplante Zuwanderungsgesetz gefordert. Die Politik sollte laut Scheele bei einem Zuwanderungsgesetz tatsächlich darauf achten, dass wirklich Fachkräfte ins Land geholt werden und keine Ungelernten. Entsprechend streng sollten laut dem Chef der Bundesagentur die Vorgaben sein. (wi)

### Berlin baut kaum neue Sozialwohnungen

Die Zahl der Sozialwohnungen in Berlin sinkt rapide, wie die *Berliner Morgenpost* am 23. Mai 2018 berichtete. Zwischen Januar 2014 und April 2018 sind knapp 36.000 Wohnungen aus der Belegungsbindung gefallen und können nunmehr ohne Auflagen frei vermietet werden. Gleichzeitig sind nicht einmal 1.000 geförderte Wohnungen neu gebaut worden, die Menschen mit niedrigerem Einkommen zur Verfügung stehen. (wi)

## Zu wenige Baugenehmigungen – Politik muss Baubremsen lösen

Berlin – „Die Baugenehmigungszahlen für Wohnungen steigen viel zu langsam. Selbst wenn man die sinkenden Zahlen bei den Wohnheimen herausrechnet, nimmt die Dynamik bei den Genehmigungen insgesamt schon wieder ab. So kann die Riesenlücke von einer Million fehlenden Wohnungen in absehbarer Zeit nicht ausgeglichen werden“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den am 17. Mai 2018 veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes. „Deutschland braucht umgehend einen klaren Kurs für bezahlbaren Wohnraum.“



Quelle: GdW

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurde von Januar bis März 2018 in Deutschland der Bau von insgesamt 77.800 Wohnungen genehmigt. Ohne Berücksichtigung von neu gebauten Wohnungen in Wohnheimen ist das ein Anstieg von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei der Gesamtzahl der Baugenehmigungen war aber ein Abschwung zu verzeichnen. Inklusiv der Wohnungen in Wohnheimen gab es im ersten Quartal 2018 insgesamt 1,7 Prozent oder 1.300 Genehmigungen weniger. Von den im Zeitraum Januar bis März 2018 genehmigten Wohnungen waren 68.071 Neubauwohnungen in Wohngebäuden – das sind 1,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Auch das zeigt deutlich: Die Dynamik im Wohnungsbau lässt nach.

### Reihe von Engpässen sorgt für Wohnungsmangel

Der Wohnungsmangel ist das Ergebnis der vom GdW immer wieder beschriebenen Engpässe: Zu wenig Grundstücke, zu wenig Planungs- und Genehmigungskapazitäten und vielfach erschöpfte Kapazitäten am Bau. Hier müssen Kommunen, Länder und die gerade vereidigte neue Bundesregierung jetzt dringend ansetzen. Sonst wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in vielen Großstädten zum größten sozialen Problem der nächsten Jahre werden.

„Der Handlungsdruck steigt immer weiter, denn die notwendigen 400.000 Wohnungen, die pro Jahr in Deutschland gebaut werden müssten, wurden nie erreicht. Im vergangenen Jahr wurden nur rund 319.000 Wohneinheiten fertiggestellt und auch 2018 wird die Zielmarke wieder deutlich verfehlt werden“, so Gedaschko. „Die Baubremsen müssen gelöst werden, damit endlich der notwendige und lang erwartete Schwung in den Wohnungsbau kommt.“ Die Lösungen liegen auf dem Tisch. „Die

serielle und standardisierte Bauweise muss gefördert und dazu eine bundesweit gültige bauliche Zulassung für diese Gebäude geschaffen werden“, so der GdW-Chef. So kann man Kapazitätsengpässen entgegenwirken. Die Wohnungswirtschaft erwartet in den nächsten Wochen die Ergebnisse des europaweiten Wettbewerbs zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung für serielles Bauen.

### Viele Maßnahmen müssen zusammen wirken

Aber es muss an weiteren Stellschrauben gedreht werden, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Das im Koalitionsvertrag verankerte Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Die

angekündigten steuerlichen Verbesserungen müssen schnell in die Praxis umgesetzt und durch ein Zuschussmodell ergänzt werden. Darüber hinaus müssen die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission aus der letzten Legislaturperiode dringend umgesetzt und die mehr als 20.000 Bauvorschriften und Anforderungen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Folgenabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens bei allen geplanten Gesetzen ist ein ebenso notwendiges Mittel, das der Koalitionsvertrag erfreulicherweise vorsieht. Nur wenn alle Maßnahmen zusammen wirken, lässt sich das notwendige Tempo beim Wohnungsbau erreichen.

Die Wohnungswirtschaft steht bereit, gemeinsam mit dem neuen Ministerium für Inneres, Bau und Heimat und mit den Partnern aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen weiterhin tatkräftig an diesem Ziel mitzuwirken. (schi) ■

## JUBILÄUM

### Damals und heute



Schon stets ist in vielen öffentlichen auch sachverständigen Diskussionen Wohnungswirtschaft mit Bauwirtschaft gleichgesetzt oder doch vermennt worden. Das kann an sich nicht Wunder nehmen, da beide Wirtschaftszweige in einer gegenseitigen Verflechtung stehen und Begriff und Wesen der Wohnungswirtschaft als des jüngsten Wirtschaftszweiges bei weitem noch nicht überall in das volkswirtschaftliche Bewußtsein eingedrungen ist. Dem kundigen Wohnungspolitiker und Wohnungswirtschaftler sind die Grenzen beider Wirtschaftszweige durchaus bekannt. Er weiß, daß die Wohnungswirtschaft ihre technisch-handwerklichen Aufträge auf Erstellung und bauliche Erhaltung des Wohnungsbestandes an die Bauwirtschaft, an Bauindustrie, Baugewerbe und Bauhandwerk gibt und sich so aus seiner wohnungswirtschaftlich-unternehmerischen Tätigkeit der Bauwirtschaft bedient. Aber er weiß auch, daß das Wohnungswesen nur einer der vielen Auftraggeber der Bauwirtschaft ist, daß er stets in Konkurrenz mit anderen Auftraggebern, dem Verkehr, der öffentlichen Hand, der Landwirtschaft und dem Gewerbe steht. Das bekommt das Wohnungswesen sehr oft in der Preisgestaltung und in der Leistungsbereitschaft des Baugewerbes deutlich zu spüren. Oft wird der Auftraggeber in der Bauwirtschaft nur als Stiefkind oder Lückenbüßer des Wohnungsbauwesens behandelt. Er ist in seinen knappen und exakten Preisgrundlagen in der Vielfalt der Auftragsverhältnisse, heute im besonderen in seiner Kompensationschwäche nicht beliebt. In anderen, mehr krisenhaften Zeiten werden die Aufträge der Wohnungswirtschaft bereitwilliger entgegengenommen. [...]

Bei Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Bau- und Wohnungswirtschaft herrschte im Jahr 1948 noch Klärungsbedarf... ■



Quelle: GdW

## Bauindustrie will neue Wege – Mehr serieller und modularer Wohnungsbau

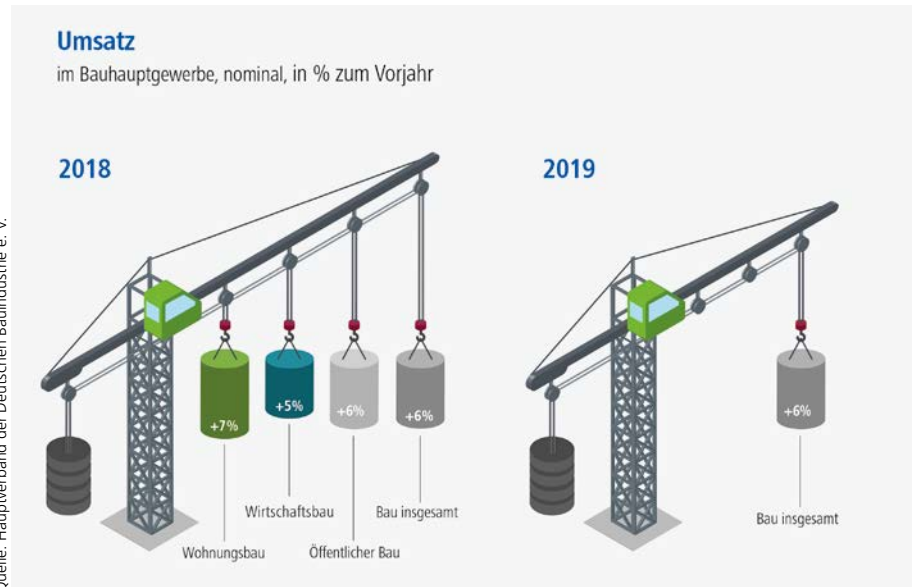
**Berlin – Die deutsche Bauindustrie plädiert dafür, im Wohnungsneubau neue Wege zu beschreiten: „Wir werden die notwendige Zahl von Mietwohnungen in kurzer Zeit, in der gewünschten Qualität und zu bezahlbaren Preisen nur realisieren können, wenn wir uns vom bisherigen Leitbild der Einzelproduktion lösen“, stellte der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Peter Hübner im Rahmen seiner Jahrespressekonferenz anlässlich des Tages der Deutschen Bauindustrie am 16. Mai 2018 fest. Die gewünschten Kostensenkungseffekte ließen sich nur realisieren, wenn stärker als bisher Prototypen geplant würden, die dann deutschlandweit in Serie umgesetzt werden könnten.**

Um dem seriellen Mietwohnungsbau zum Durchbruch zu verhelfen, sieht Hübner aber auch Bund und Länder in der Pflicht. Zumindest für den seriellen Wohnungsbau müssten die Landesbauordnungen und die Förderbedingungen für den sozialen Wohnungsbau vereinheitlicht werden. Nur wenn ein einmal geplantes Typengebäude ohne weitere Änderungen bundesweit gebaut werden könne und auch förderfähig sei, könnten die im seriellen Bauen steckenden Kostensenkungspotenziale vollständig realisiert werden. Gleichzeitig müssten aber auch Architekten und Planer künftig enger zusammenarbeiten. Dazu müsse die traditionelle Trennung von Planen und Bauen überwunden werden. Am seriellen Wohnungsbau, insbesondere beim Einsatz von Wohnmodulen, müsse frühzeitig Baukompetenz in die Bauplanung eingebracht werden.

Darüber hinaus müssten Bund und Länder, aber auch die vielen Kostentreiber in den Griff bekommen, die in den vergangenen Jahren das Bauen ständig verteuert hätten, ist Präsident Hübner überzeugt. Die Baukostensenkungskommission habe hier bereits in der vergangenen Legislaturperiode eine Vielzahl von Vorschlägen entwickelt, die endlich umgesetzt werden müssten. Als Stichworte nannte Hübner: mehr Spielraum im Lärmschutz, bei der Stellplatzpflicht oder in den Anforderungen an die Barrierefreiheit, aber auch Maßhalten bei der Weiterentwicklung der Energieeinsparverordnung (EnEV). „Wir begrüßen es deshalb, dass sich Bundesminister Seehofer zur Fortsetzung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen entschlossen hat. Hoffentlich mit mehr Durchschlagskraft gegenüber den Ländern als in der vergangenen Legislaturperiode“, so Bauindustrie-Präsident Peter Hübner.

### Wohnungs- und Städtebau bedeutend für sozialen Zusammenhalt

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Marco Wanderwitz, erläuterte, umfangreiche Investitionen und Maßnahmen des Bundes beim Wohnungs- und Städtebau leisteten einen wichtigen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland und stärkten den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Die Wohnungs- und Baupolitik ist eine zentrale Aufgabe des Bundes. Bezahlbarer und ausreichender



der Wohnraum insbesondere für Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen ist oberstes Ziel. Es besteht akuter Handlungsbedarf“, sagte Wanderwitz.

„Wir wollen, dass in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen Wohnungen gebaut werden und der Bestand an preiswerten Wohnungen gesichert wird. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist ein erster wichtiger Schritt gemacht. Und mit dem Baukindergeld werden wir gezielt Familien mit Kindern bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Der altersgerechte Umbau soll vorangetrieben und die Infrastruktur modernisiert werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen brauchen wir die Baubranche. Die Bauwirtschaft wiederum braucht verlässliche Rahmenbedingungen, beispielsweise beim Vergaberecht und der anstehenden Reform des europäischen Bauproduktenrechts“, so Staatssekretär Wanderwitz.

### Bauen muss bezahlbar bleiben

Er wies darauf hin, dass das Bauen bezahlbar bleiben müsse. Die Baukostensenkungskommission werde deshalb im Rahmen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen ihre Arbeit fortsetzen. So sollen Normen und Standards auf das notwendige Maß reduziert und Folgekostenabschätzungen vorgenommen werden. Dies gelte auch für das geplante neue Gebäudeenergiegesetz. Maßstab für alle

Neuregelungen seien Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit und Freiwilligkeit. Die Bauwirtschaft sollte nicht zu stark mit Regulierungen konfrontiert werden.

„Wir werden außerdem Möglichkeiten der Planungsbeschleunigung prüfen und an die Länder appellieren, ihre Bauordnungen stärker zu harmonisieren. Nur so kann das Bauen vereinfacht werden“, sagte Wanderwitz. Die Bündnispartner sehen im seriellen und modularen Bauen Kostensenkungspotenziale. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW hat mit Unterstützung des Bundesbauministeriums, der Bauwirtschaft sowie der Architektenkammer innovative Konzepte ausgelobt. Voraussichtlich noch im Mai wird ein Rahmenvertrag mit fünf bis 10 Anbietern abgeschlossen, den die Mitglieder des GdW zur beschleunigten Realisierung der Wohnungsbauvorhaben nutzen können. Hier sei die Bauwirtschaft gefragt, Investitionen zu tätigen und Kapazitäten aufzubauen, um Umfang und Qualität abzudecken, so Wanderwitz. Dazu brauche man den Dialog von Wirtschaft und Politik. Das gelte auch beim wichtigen Thema der Digitalisierung.

„Nur im engen Schulterschluss mit der Bauwirtschaft kann die Politik die wohnungs- und baupolitischen Ziele aus dem Koalitionsvertrag erreichen. Wir brauchen die wichtigen Beiträge der Bauwirtschaft zum geplanten Wohngipfel im Herbst und

Weiter auf Seite 4 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 3

zur Wohnungsoffensive der Bundesregierung“, betonte Marco Wandewitz im abschließenden Gespräch mit Bauindustrie-Präsident Peter Hübner.

### Kapazitätsdiskussion: Bauindustrie zum Ausbau bereit

„Die Bauindustrie ist bereit, ihre personellen und maschinellen Kapazitäten an die steigende Baunachfrage anzupassen. Dies setzt jedoch voraus, dass die finanzpolitischen Rahmenbedingungen verlässlich bleiben.“ Mit diesen Worten kommentierte Hübner Befürchtungen, die Bauwirtschaft steuere auf einen „Kapazitätsnotstand“ zu. Der Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2019 und zum Finanzplan 2019 bis 2022 lasse jedoch an dieser Verlässlichkeit Zweifel aufkommen. Der Bund sende angesichts des gewaltigen öffentlichen Investitionsstaus ein beunruhigendes Signal, wenn er bereits ab 2020 wieder von sinkenden Investitionen ausgehe. „Unsere Firmen brauchen Planungssicherheit, wenn sie ihre Kapazitäten ausweiten sollen“, so Hübner. „Wir brauchen ein klares Signal, dass die Investitionswende auf der Ebene des Bundes auch über das Jahr 2020 hinaus Bestand hat.“ Trotz der Ausweitung der Kapazitäten glaubt Hübner dennoch nicht, dass kurzfristig Preissteigerungen vermieden werden könnten. Zum einen sähen sich die Unter-

nehmen gezwungen, Veränderungen auf der Kostenseite, vor allem im Bereich der Baustoffe und der Bauprodukte in den Preisen weiterzugeben. Beispiele dafür seien die sprunghafte Entwicklung der Bitumenpreise, der Preise für Baustahl in Stäben sowie der Baustellenentsorgungskosten. Zum anderen sehe die Bauindustrie in der Preisentwicklung eine Normalisierung nach den Jahren der Baukrise, in der sich die Unternehmen an der Preisuntergrenze bewegt hätten. Erstmals seit langem seien die Unternehmen wieder in der Lage, die Risiken des Baugeschäfts angemessen zu bepreisen. Die verbesserte Eigenkapitalausstattung zahle sich am Ende auch für den Auftraggeber aus, der nicht mehr mit den enormen Insolvenzrisiken im Bauhauptgewerbe rechnen müsse, die gerade in der Baukrise zwischen 1995 und 2005 viele Bauprojekte in Schieflage gebracht hätten. Im Jahre 2000 kamen auf 10.000 Unternehmen 446 Insolvenzen, im Jahre 2017 waren es nur noch 129.

### Umsatzprognose 2018: Wohnungsbau bleibt Treiber der Baukonjunktur

„Das deutsche Bauhauptgewerbe bewegt sich weiter auf Expansionskurs. Wir haben deshalb unsere Jahresauftaktprognose über die Entwicklung der baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe von nominal vier auf sechs Prozent angehoben“, erklärte Hübner. Bei stärker steigenden

Preisen als 2017 dürfte dies einem realen Wachstum von zwei Prozent entsprechen. Für 2019 geht der Hauptverband von einem nominalen Umsatzplus in gleicher Höhe aus. „Die Bauwirtschaft bleibt damit auch auf mittlere Sicht eine Stütze der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland“, so Hübner.

Treiber der Baukonjunktur bleibt auch 2018 der Wohnungsneubau: Hübner rechnet hier mit einem weiteren Anstieg der Fertigstellungszahlen auf 330.000 bis 340.000 Einheiten. Damit bleibe der Wohnungsneubau aber weiterhin hinter dem von CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag angepeilten Ziel von 375.000 Wohnungsfertigstellungen pro Jahr zurück. Fertigstellungszahlen in dieser Größenordnung ließen sich jedoch nicht von heute auf morgen realisieren. Die Bauwirtschaft brauche Zeit, ihre Kapazitäten an das stark steigende Nachfrageniveau anzupassen. Für den gesamten Wohnungsbau einschließlich der Modernisierung erwartet der Hauptverband ein Umsatzplus von nominal sieben Prozent.

Hübner forderte zudem von der Bundesregierung ein Planungsbeschleunigungsgesetz, um das deutsche Planungs- und Baugenehmigungsrecht von unnötigem Ballast zu befreien. (stilschi) ■

➔ Weitere Infos unter [www.bauindustrie.de](http://www.bauindustrie.de)

## AUS DEN VERBÄNDEN

### „Bezahlbares Wohnen: Wer, wenn nicht wir?“ – Verbandstag der bayerischen Wohnungswirtschaft

**Augsburg – Beim Verbandstag des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) am 16. Mai 2018 in Augsburg stand der Wohnungsbau ganz oben auf der Agenda. „Das Thema bezahlbares Wohnen ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wenn Menschen, die in Bayern leben und arbeiten wollen, sich mit ihrem Einkommen keine Wohnung mehr leisten können, dann läuft etwas verkehrt“, sagte Verbandsdirektor Hans Maier bei seinem politischen Rechenschaftsbericht. Die Wohnungswirtschaft werde ihren Beitrag zur Verbesserung des Wohnungsangebots für breite Schichten der Bevölkerung leisten. Dafür brauche die Branche langfristig sichere Rahmenbedingungen. „Die Erwartungen und Hoffnungen der vielen Menschen erleben wir als Wohnungsunternehmen tagtäglich“, betonte auch der Verbandsvorsitzende Mario Dalla Torre bei seiner Begrüßung der Gäste und Delegierten.**

**Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, berichtete zu Beginn seines Vortrags über die Wohnungspolitik auf Bundesebene und die Koalitionsverhandlungen. „So viel Wohnen und Bauen war schon lange nicht mehr in einem Koalitionsvertrag“, lautete sein Resümee. Positiv ist für den GdW-Chef dabei die konkrete Absicht der Politik, etwas zu bewegen. Die Bundesregierung nehme ihr selbstgesetztes Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen in dieser Legislaturperiode ernst. Die Ansiedlung des Wohnungsbaus im neu geschaffenen Bundesministerium des Innern, für

Bau und Heimat begrüßte Gedaschko ausdrücklich. Extrem wichtig empfindet er auch die Rückkehr des Bereichs Raumordnung in das Ministerium. Denn das Thema Wohnungsmangel lasse sich nicht in den Städten lösen. „Wir brauchen eine neue Zusammenarbeit von Stadt und Land“, sagte Gedaschko. Auch über die Aufwertung des Wohnungsbaus im Bundestag zeigte sich der GdW-Präsident sehr zufrieden. Mit dem neuen Bundestagsausschuss „Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen“ bekomme das Thema Wohnen eine seiner Bedeutung angemessene Stellung in der parlamentarischen Arbeit.

Anschließend ging der GdW-Präsident auf die wohnungspolitischen Schwerpunkte der ersten Regierungsmonate ein. Von den geplanten Maßnahmen im Mietrecht, der Verschärfung der Mietpreisbremse und der Senkung der Modernisierungsumlage hält er wenig.

Bei der Bodenpolitik gebe es einen Interessenkonflikt zwischen dem Flächenverbrauchsreduzierungsziel und den bezahlbaren Grundstücken für den nötigen Neubau: „Wir brauchen neues Bauland in nicht unerheblicher Größenordnung, sonst wird es mit

Weiter auf Seite 5 ➔



Fotos: Andreas Heddergott

Dr. Kurt Gribl, Vorsitzender des Bayerischen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Augsburg

➔ Fortsetzung von Seite 4

dem Bauen gar nichts“, sagte Gedaschko. An Städte und Länder appellierte er, die Dachaufstockung mehr zu fördern und diesem wichtigen Instrument der Nachverdichtung die Hürden aus dem Weg zu räumen. Ein zentrales Vorhaben der Politik für die laufende Legislaturperiode sei die geplante Grundgesetzänderung, um dem Bund die Fortsetzung der Wohnraumförderung auch weiter zu ermöglichen. Allerdings erfordere dieser Schritt eine Mehrheit im Bundestag.

**Wohnungsbau 2018 – Ein drängendes Thema für Land und Kommune**

Auch Dr. Kurt Gribl (CSU), Vorsitzender des Bayerischen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, ging bei seinem Vortrag auf die Koalitionsverhandlungen ein. Bei den Themen „Wohnen und Miete“ sowie „Kommunen und ländlicher Raum“ war Dr. Gribl bei den Verhandlungen in Berlin maßgeblich beteiligt. Sein Fazit: „Alle haben die Aufgabenstellung verstanden, aber dadurch werden die Probleme noch nicht gelöst.“

Auf kommunaler Ebene empfindet der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages die Wechselwirkung der Hotspots mit dem Umland als gewaltig. Eine Abstimmung der Städte mit dem Umland sein deshalb dringend erforderlich. Die große Klammer für die Bewältigung des Wohnungsmangels sieht er in der Mobilität und der interkommunalen Zusammenarbeit. Bisher gebe es noch keinen Steuerentnahmen der das gewährleistet, sondern zu viel Kirchturmpolitik. „Hier ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich“, so Gribl.

**Bauen, bauen, bauen**

„Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und mehr bezahlbarer Wohnraum stehen ganz oben auf meiner Agenda. Um das



VdW-Verbandsdirektor Hans Maier mit Bayerns Bau- und Verkehrsministerin Ilse Aigner und dem VdW-Verbandsvorsitzenden Mario Dalla Torre (v. l.)

starke Maßnahmenbündel für mehr bezahlbaren Wohnraum umzusetzen, brauchen wir die Wirtschaft“, so Bayerns Bau- und Verkehrsministerin **Ilse Aigner** (CSU). Sie will deshalb alle am Bau Beteiligten einladen und mit den Praktikern der Bau- und Immobilienbranche sowie mit Verbänden sprechen. „Denn ich möchte unmittelbar von Ihnen erfahren, was wir ändern oder anschieben können, damit das Bauen wieder einfacher und schneller wird“, sagte die Bauministerin. Ihr Appell: „Wir müssen bei der Umsetzung alle an einem Strang ziehen. Es geht darum, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln, anzupacken und zu bauen, bauen, bauen.“

Im soeben von der Staatsregierung beschlossenen Milliardenpaket für den Wohnungsbau ist laut Aigner für alle etwas dabei: „Wir wollen auf der einen Seite den Mietwohnungsbau mit unserem umfangreichen Förderprogramm ankurbeln, damit Genossenschaften oder auch Wohnungsbauunternehmen Anreize haben mehr zu bauen. Auf der anderen Seite unterstützen wir aber auch die privaten Häuslebauer mit unserem bayerischen Baukindergeld Plus und der Eigenheimzulage. Fast 900 Millionen Euro stehen hierzu bereit.“

**Bezahlbares Wohnen – Wer, wenn nicht wir?**

Die 464 Mitgliedsunternehmen des VdW Bayern stehen für das bezahlbare Wohnen im Freistaat. Sie verwalten rund 525.000 Wohnungen, darunter 103.743 Sozialwohnungen. Zudem stellen sie sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung. Im Jahr 2017 wurden 1,8 Milliarden Euro in den Wohnungsbestand und -neubau investiert. Bei den Baufertigstellungen von 3.900 Wohnungen konnte ein Zuwachs von 35 Prozent verzeichnet werden. VdW-Verbandsdirektor **Hans Maier** stellte aber

auch klar, dass der über Jahre aufgebaute Wohnraummangel in Bayern nicht in den kommenden zwei bis drei Jahren behoben werden könne. „Wir brauchen eine große Kraftanstrengung und einen langen Atem“, so Maier. Das Ziel der bayerischen Staatsregierung von 500.000 Wohnungen bis 2025 findet er ambitioniert, aber machbar. Die Wohnungswirtschaft werde ihren Beitrag dazu leisten. Dafür fordert der Verbandschef aber auch langfristig sichere Rahmenbedingungen.

An erster Stelle steht für den Verband eine gesicherte Mittelausstattung bei der Wohnraumförderung. Am besten durch eine klare gesetzliche Regelung. „Mit einer Förderung des Mietwohnungsbaus von 400 Mio. Euro jährlich ließen sich jährlich rund 3.000 bis 3.500 Wohnungen errichten“, erläuterte der Verbandsdirektor. Darüber hinaus müssten die Maßnahmen zur Aktivierung von Bauland dringend verstärkt werden. Die Bereitstellung von kommunalen Grundstücken und der Zugang zu Grundstücken von Bund und Freistaat seien unabdingbar. Die Voraussetzungen zur Baulandaktivierung müssten im Bauplanungsrecht geschaffen werden. „Die Wohnungswirtschaft Bayern unterstützt dabei die Konzeptvergabe von Grundstücken und bekennt sich zum nachhaltigen Wohnungsbau“, betonte Maier.

**Miteinander von Freistaat, Kommunen und Wohnungsunternehmen**

In Zeiten des Wohnungsmangels gab es in der Geschichte immer ein Miteinander von Freistaat und Kommunen auf der einen sowie den Trägern des preisgünstigen Wohnungsbaus auf der anderen Seite, so der Verbandsdirektor: „Angesichts der Aktualität des Themas brauchen wir wieder dieses lösungsorientierte Miteinander.“

(stralschi) ■

## „Die perfekte Zukunft gibt es nicht“ – Traditionsveranstaltung Zwischenahner Gespräch mit vielen Teilnehmern

Bad Zwischenahn – „Wird's besser? Wird's schlimmer? – fragt man alljährlich. Seien wir ehrlich: Leben ist immer lebensgefährlich!“ Auf die Frage nach der Zukunft hatte zumindest Erich Kästner eine ebenso einfache wie plausible Antwort parat. Beim 37. Zwischenahner Gespräch des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen Bremen (vdw) hingegen entpuppte sich das mit der Zukunft im April 2018 als ziemlich komplexe Geschichte. Schnelle Lösungen? Patentrezepte? Selbstbewusste Prognosen? Allesamt Fehlanzeige. Dafür sorgten die Referenten bei der traditionsreichen wohnungswirtschaftlichen Tagung in bester Zwischenahner Manier für ein Potpourri an frischen Ideen, fachkundigen Einschätzungen und ausgewogenen Handlungsempfehlungen.

Zum Tagungsmotto „Zukunft? Zukunft!“ hatte der vdw unter anderem den Autoren und brand-eins-Reporter **Wolf Lotter** eingeladen. Nach seiner Einschätzung ist das „Problem der Zukunft die Gegenwart“. Denn nichts sei gefährlicher für eine gedeihliche Weiterentwicklung als die Erfolge von gestern. Er selbst wolle sich nicht anmaßen, die Zukunft vorherzusagen, meinte Lotter. Daher halte er es wie Clint Eastwood, der einmal über seine Zukunftspläne gesagt hat: „Ich reite in die Stadt. Der Rest ergibt sich.“

Einen Blick in die unternehmerische Zukunft haben **Hans Sartoris** und **Lorenz Hansen** mit ihren Wohnungsgesellschaften geworfen. Sartoris hat mit der Stadtbau Würzburg am Wettbewerb Innovativer Mittelstand teilgenommen und sich dort mit Betrieben anderer Branchen gemessen. „Für uns ein Glücksfall“, sagte Sartoris vor den 160 Teilnehmern. Hansen berichtete über das Nachhaltigkeitskonzept von Gundlach Immobilien (Hannover). „Es kann ein Wettbewerbsvorteil sein, aber es kann auch nerven“, lautete Hansens Fazit.

Zum „Gespräch und mee(hr)“ konnte der vdw in diesem Jahr den niedersächsischen Bauminister **Olaf Lies** (SPD) und den Bremer Staatsrat **Jens Deutschendorf** (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßen. Beide waren sich einig, dass die öffentliche Förderung eine zentrale Rolle bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum habe: „Der Markt regelt eben nicht alles“, hieß es etwa von Lies. Darüber hinaus sprachen sie sich Lies



Bootsfahrt auf Zwischenahner Meer

und Deutschendorf für eine bundeseinheitliche Musterbauordnung aus.

Nicht zentral wohnungswirtschaftlich, stattdessen schon in vor-weltmeisterschaftlicher Stimmung ging es am zweiten Tag weiter. Zu Gast war DFB-Präsident Reinhard Grindel, der mit Moderator Lars Reckermann, Chefredakteur der Nordwest-Zeitung, einige der wirklich wichtigen Fragen zwei Monate vor Beginn der Fußball-Weltmeisterschaft erörterte. Es ging aber auch um den Fußballfan Angela Merkel, Grindels Sportplatzbesuche beim Heimatverein in Rotenburg/Wümme, e-gaming und den Videobeweis.

Professor **Harald Simons** von empirica führte im Anschluss daran die Veranstaltung wieder auf die gewohnten Gleise. Er

verteidigte seine Analyse hinsichtlich einer abschwächenden Preistendenz bei Eigentumswohnungen in München und Berlin, die ihm in Fachkreisen scharfe Kritik eingebracht hat. „Die perfekte Zukunft gibt es nicht“, sagte Simons. Daher würden sich die optimistischen Preisentwicklungen in den beiden größten deutschen Städten in den nächsten Jahren nicht erfüllen. Kurzum: „The party is over.“

Erstmals zu Gast beim Zwischenahner Gespräch war **Peter Ache** – und dies, obwohl der Experte von den Gutachterausschüssen im benachbarten Oldenburg zu Hause ist. Seine Einschätzung zu den sich abzeichnenden enormen Flächenbedarfen dürfte in der bauwilligen Wohnungswirtschaft noch lange nachhallen.



Der vdw-Verbandsratsvorsitzende **Andreas Otto**, der niedersächsische Bauminister **Olaf Lies**, vdw-Prüfungsdirektor **Gerhard Viemann** und der Bremer Staatsrat **Jens Deutschendorf** (v. l.)

**Axel Gedaschko**, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, betonte, dass die Branche mit dem Koalitionsvertrag in weiten Teilen einverstanden sein dürfte. Dennoch seien die anstehenden Probleme enorm. Es fehlten eine Million bezahlbare Wohnungen in Deutschland, und wie diese Lücke geschlossen werden soll, sei angesichts fehlender Kapazitäten in der Bauindustrie und im Handwerk sowie steigender Baukosten eine mehr als spannende Frage. Das Baukindergeld – „Rechtfertigt der Ertrag diesen Aufwand?“ – und die Mietpreisbremse werden nach Einschätzung Gedaschkos jedenfalls nicht des Rätsels Lösung sein. (ens/schi) ■

**Mitarbeitergespräche führen**

30. Juli - 2. August 2018, Söllhuben

In diesem Führungskräfte-Training werden Gesprächsführungstechniken personalisiert und die Teilnehmer lernen menschliche Verhaltensmuster kennen. Das dreitägige Seminar wird in Kooperation mit und durch die VdW Bayern Treuhand durchgeführt und richtet sich speziell an Führungskräfte. Neben dem Erlernen von Gesprächstechniken werden auch unterschiedliche Gesprächsformen wie beispielsweise Bewerbungsgespräche, Jahresgespräche und Feedbackgespräche sowie unterschiedliche Kommunikationstechniken behandelt. Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2018.

**Weitere Infos:** AWI, Michael Jaeschke, Telefon: 0711/16345606, E-Mail: jaeschke@awi-vbw.de  
Internet: www.awi-vbw.de

**Altersgerechter Wohnraum – Rechtliche Möglichkeiten** 4. September 2018, Bochum

Der demografische Wandel ist allgegenwärtig. Wohnungsunternehmen trifft hierbei eine große Verantwortung bei der Zurverfügungstellung von altersgerechtem und preisgünstigem Wohnraum. Knifflig ist hierbei jedoch die rechtliche Ausgangssituation. Wie können Unternehmen altersgerechte Modernisierung umlegen? Welche öffentlichen Fördermittel gibt es? Wie lässt sich Mietrecht, Heimgesetz und das Betreuungsvertragsgesetz vereinbaren? Diese und weitere Fragestellungen werden praxisnah in diesem Seminar behandelt. Weitere Schwerpunkte sind außerdem altersgerechte Mietvertragsklauseln, Badmodernisierungen – Fördermöglichkeiten und Beschränkungen sowie rechtliche Grundlagen: BGB, WBVG, HeimG, Landesheimgesetze.

**Weitere Infos:** EBZ, Andrea Bohn, Telefon: 0234/9447575, E-Mail: akademie@e-b-z.de  
Internet: www.e-b-z.de

## PERSÖNLICHES

**Regina Nienkarn**, Geschäftsführerin der STEWO Sternberger Wohnungsbaugesellschaft, feierte am 18. Mai 2018 ihren 60. Geburtstag. Sie ist Delegierte zum GdW-Verbandstag.

**Reinhard Abraham**, Vorstand der Baugenossenschaft Odenwaldring, feierte am 22. Mai 2018 seinen 60. Geburtstag. Er ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften im GdW.

## LESERWETTBEWERB

**Leseraktion zum 70. Geburtstag:  
Schicken Sie uns Ihr wi-Foto!**

wi-Chefredakteurin Katharina Burkardt und der stellvertretende Chefredakteur Andreas Schichel im wi-Redaktionsgarten in Berlin

In der wi Wohnungspolitische Informationen finden Sie seit 70 Jahren jede Woche aktuell alles Wichtige aus Wohnungspolitik, Bau- und Wohnungswirtschaft. Anlässlich unseres Jubiläums fragen wir Sie, unsere Leser:

**Wann lesen Sie die wi?  
Gleich morgens beim  
ersten Kaffee im Büro?  
Auf dem Weg zur Arbeit  
in der Bahn? Oder nach  
Feierabend auf dem  
Heimweg?**

Schicken Sie uns bis zum 27. Juni 2018 Ihr Foto, wie Sie

in der wi schmökern – bitte mit Namen der Abgebildeten sowie der ausgefüllten Bildrechteerklärung unter diesem Link: <https://bit.ly/2IF2Qtt> an folgende E-Mail-Adresse: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de). Die besten, originellsten und lustigsten Fotos werden in unserer Jubiläumsausgabe Anfang Juli 2018 veröffentlicht. ■

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,  
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:  
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:  
Klingelhöferstraße 5  
10785 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de)

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: [Zeitschriften@haufe.de](mailto:Zeitschriften@haufe.de)

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: [oliver.cekys@haufe.de](mailto:oliver.cekys@haufe.de)  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: [klaus.sturm@haufe.de](mailto:klaus.sturm@haufe.de)  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: [heike.tiedemann@haufe.de](mailto:heike.tiedemann@haufe.de)

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2018.  
[www.mediacenter.haufe.de](http://www.mediacenter.haufe.de)

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
124,35 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „**Zeitschriften**“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „**Anmelden**“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „**Neuregistrierung**“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „**Meine Produkte starten**“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

## Partizipation im Wohnungsbau: Neue Broschüre mit Erfahrungsberichten aus der Praxis



Quelle: GdW

Wohnungsneubau ist angesichts der wachsenden Nachfrage und der immer enger werdenden Wohnungsmärkte in vielen Regionen das Gebot der Stunde. Neubau bringt gerade in Innenstädten naturgemäß aber ein gewisses Maß an Verdichtung mit sich. In den vergangenen Jahren ist es insbesondere in den beliebten Ballungsregionen häufiger zu Konflikten mit Bürgern im Zusammenhang mit Neubauvorhaben gekommen. Es gilt, die unterschiedlichen Interessenlagen durch konsensorientierte, transparente und für beide Seiten faire Partizipationsverfahren

mit klar abgesteckten Grenzen, bis wohin Bürgerbeteiligung sinnvoll und auch rechtmäßig ist, in Einklang zu bringen. Ansonsten kann sich nach dem Prinzip „Nimby“ – englisch: not in my backyard – schlimmstenfalls eine generelle Stimmung der Ablehnung neuer Bauvorhaben und damit ein weiteres ernsthaftes Hemmnis für den so dringend benötigten Wohnungsbau entwickeln. Wie Wohnungsunternehmen mithilfe von Verfahren der Information, Konsultation, Mitgestaltung oder Mitentscheidung Anregungen aus Nachbarschaften in Bauprojekte einfließen lassen – mit verschiedenen Ausgangslagen und Projektverläufen, sowie wertvolle Tipps aus der Praxis erfahren Sie in der neuen GdW Information 156 „Partizipation im Wohnungsneubau“. Die Publikation enthält ein einleitendes Kapitel sowie ein Fazit mit 10-Punkte-Checkliste für erfolgreiche Partizipationsverfahren des renommierten Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Harald Welzer. (schi) ■

## Recht so

### Vermieterkündigung nach dem Tod des Wohnraummieters

Mit Urteil vom 31. Januar 2018 (Aktenzeichen: VIII ZR 105/17) hat der Bundesgerichtshof (BGH) über eine Kündigung des Vermieters wegen „drohender“ finanzieller Leistungsunfähigkeit gegenüber demjenigen entschieden, der als Haushaltsangehöriger in das Mietverhältnis des verstorbenen Mieters eintreten wollte. Nach BGH kann eine nur drohende finanzielle Leistungsunfähigkeit oder eine „gefährdet erscheinende“ Leistungsunfähigkeit des Eintretenden nur dann einen Kündigungsgrund darstellen, wenn sie auf konkreten Anhaltspunkten und objektiven Umständen beruht. Der BGH fordert einen „zuverlässigen Schluss“, dass fällige Mietzahlungen alsbald ausbleiben werden. Weiter ist Voraussetzung, dass dem Vermieter ein Zuwarten, bis die Voraussetzungen einer Kündigung wegen Zahlungsverzugs erfüllt sind, nicht zuzumuten ist. Dies wäre nicht der Fall, wenn Geldquellen vorhanden sind, die die Erbringung der Mietzahlungen sicherstellen, wie dies etwa bei staatlichen Hilfen, sonstigen Einkünften oder vorhandenem Vermögen der Fall ist. Der Fall behandelte einen Auszubildenden, der als Lebensgefährte der verstorbenen Mieterin in das Mietverhältnis eintreten wollte. ■

#### EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Der Fall des BGH ist von grundsätzlicher Bedeutung und kann hier nur sehr vereinfacht wiedergegeben werden. Etwas verallgemeinert ist bei einer Kündigung im Rahmen des Eintrittsrechts Folgendes zu beachten: Gemäß Paragraph 563 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) können zunächst diejenigen, die mit dem Mieter einen gemeinsamen Haushalt führen, nach dem Tod des Mieters in das Mietverhältnis eintreten. Vorrangig ist zunächst der Ehegatte. Will der Ehegatte oder eine sonstige hierzu berechtigte Person in das Mietverhältnis bei Tod des vorherigen Mieters eintreten, so kann der Vermieter das Mietverhältnis innerhalb eines Monats nur dann außerordentlich mit der gesetzlichen Frist kündigen, wenn in der Person des Eingetretenen ein wichtiger Grund vorliegt. Dieser wichtige Grund – etwa Zahlungsunfähigkeit – muss aber auf konkreten Anhaltspunkten und objektiven Umständen beruhen und nicht auf bloßen Erwartungen. Entsprechend muss dies auch bei einer Ausbildungsvergütung des Eintretenden genau geprüft werden.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

➔ Die Publikation können Sie zum Preis von 10 Euro zuzüglich Versandkosten unter [bestellung@gdw.de](mailto:bestellung@gdw.de) anfordern. Mitglieder des GdW finden die Studie im Mitgliederbereich zum kostenfreien Download und können dort ein kostenloses Exemplar bestellen.

#### ZAHL DER WOCHE

# 20

Prozent der statistischen Regionen der Europäischen Union (EU) weisen eine Erwerbslosenquote von maximal der Hälfte des EU-Durchschnitts auf. Wie das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) weiter mitteilte, hatten 56 von 275 EU-Regionen im Jahr 2017 eine Erwerbslosenquote von 3,8 Prozent oder weniger, was der Hälfte des Durchschnitts der EU (7,6 Prozent) entspricht. Dazu zählten 21 Regionen in Deutschland, 13 im Vereinigten Königreich, sieben in der Tschechischen Republik, jeweils drei in Ungarn und Österreich, jeweils zwei in Belgien, Polen und Rumänien und jeweils eine in Bulgarien, Italien und den Niederlanden. 31 Regionen wiesen hingegen eine Quote von mindestens 15,2 Prozent auf, was dem Doppelten des EU-Wertes entspricht: alle 13 Regionen in Griechenland, neun in Spanien, fünf in Frankreich und vier in Italien. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Prah in der Tschechischen Republik mit 1,7 Prozent und Trier in Deutschland mit 2,0 Prozent, gefolgt von den tschechischen Regionen Střední Čechy und Jihozápad sowie den deutschen Regionen Niederbayern und Mittelfranken mit je 2,1 Prozent. Am anderen Ende der Skala wiesen Dytiki Ellada in Griechenland und Extremadura in Spanien mit je 26,3 Prozent sowie die französische Überseeregion Mayotte mit 25,9 Prozent und Andalusía mit 25,5 Prozent in Spanien die höchsten Erwerbslosenquoten auf. ■